



## Pressemitteilung

Ansbach, 10. Februar 2012

*Staatssekretär Schmidt versucht Lastenabsturz von US-Kampfhubschrauber zu verharmlosen*

Wundersame Verwandlung - wie aus einer „schweren Metallplatte“ ein „Sitzkissen“ wurde

*BI „Etz langt's!": Gefährdung der Bevölkerung soll vertuscht werden*

Die Angaben der offiziellen Stellen zum Lastenabsturz von einem US-Kampfhubschrauber am 12. Januar 2012 nahe dem Ortsrand des Ansbacher Stadtteils Untereichenbach werden immer widersprüchlicher: Nachdem die Polizei, die an der Absturzstelle zugegen war, gegenüber der Presse und der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ von einer „schweren Metallplatte“ sprach, die sich von einem angehängten Militärjeep löste und zu Boden ging (die *Nürnberger Nachrichten / Fränkische Landeszeitung* berichteten am 17.01.12), behauptete nur wenige Tage später das US-Hauptquartier in Heidelberg, es handle sich um eine „Pressholzplatte mit Sitzkissen“ (FLZ am 20.01.12). Jetzt erklärt der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt (CSU), in seiner Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage des Bundestagsabgeordneten Uwe Kekeritz (Grüne) schriftlich, es habe sich lediglich „ein Sitzkissen“ gelöst ([siehe Anhang](#)).

Die „wundersame Verwandlung“ einer Metallplatte in ein Sitzkissen ist für die BI schlichtweg eine Verniedlichung des Risikos für Leib und Leben der Menschen im Umfeld der US-Militärbasen Ansbach-Katterbach und Illesheim: „Es ist offensichtlich, dass die Gefährdung der Bevölkerung durch die Kriegssübungen der Kampfhubschrauber vertuscht werden soll“, betonte der BI-Vorstand. Der ausgewiesene Stationierungsbefürworter Christian Schmidt scheue sich, den Bürgern reinen Wein einzugießen, deshalb versuche er nun, den Tatbestand zu verzerren: „Staatssekretär Schmidt bezichtigt mit seinen Aussagen das Polizeipräsidium Mittelfranken indirekt der Lüge. Die Polizei war am 12. Januar vor Ort und hat den abgestürzten Gegenstand klar als Metallplatte identifiziert.“

Aus Schmidts Schreiben geht zudem hervor, dass bislang kein definitives Verbot von Überflügen von Wohngebieten mit angehängten Lasten existiert. Es handelt sich lediglich um eine Soll-Bestimmung. Diese wird jedoch permanent missachtet, wie etwa mehrere Anwohner aus Obereichenbach der BI berichteten. Der Staatssekretär sieht sich selbst gezwungen, einzuräumen, dass „trotz größter Anstrengungen solche Zwischenfälle nicht ausgeschlossen werden“ könnten. „Muss denn erst etwas Schlimmes passieren, damit die Bundesregierung dem Schutz der Bevölkerung in unserer Region den Vorrang gegenüber der ungezügelter Erprobung der US-Hubschrauberwaffe über den Köpfen der Menschen gibt?“, fragt sich der BI-Vorstand besorgt.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher